



SITZUNGSVORLAGE

Nr. **1 8 - V - 5 0 - 0 0 0 5**

(Jahr - V - Amt - Nr.)

Betreff:

Dezernat(e)

VII

Geflüchtete in Wiesbaden, Bericht zum Personalbedarf GU.plus

Anlage/n siehe Seite 3

Bericht zum Beschluss der STVV Nr. 0390 vom 17.11.2016

Stellungnahmen

Personal- und Organisationsamt	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
Kämmerei	reine Personalvorlage <input type="radio"/>	→ s. unten <input checked="" type="radio"/>
Rechtsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Umweltamt: Umweltprüfung	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Frauenbeauftragte nach - dem HGIG	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
- der HGO	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Straßenverkehrsbehörde	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Projekt-/Bauinvestitionscontrolling	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Sonstige:	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>

Beratungsfolge

DL-Nr.

(wird von Amt 16 ausgefüllt)

a)	Ortsbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Kommission	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Ausländerbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
b)	Seniorenbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Magistrat	Tagesordnung A <input checked="" type="radio"/>	Tagesordnung B <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Büro des Magistrats	Umdruck nur für Magistratsmitglieder <input type="checkbox"/>	
	Stadtverordnetenversammlung	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
	Ausschuss	öffentlich <input checked="" type="radio"/>	nicht öffentlich <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Amt 16	<input checked="" type="checkbox"/> wird im Internet/PIWI veröffentlicht	

Bestätigung Dezernent/in

Manjura

Stadtrat

Vermerk Kämmerei

Wiesbaden,

- Stellungnahme nicht erforderlich
 Die Vorlage erfüllt die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen.
 → siehe gesonderte Stellungnahme

Imholz

Stadtkämmerer

A Finanzielle Auswirkungen

Mit der antragsgemäßen Entscheidung sind **keine** finanziellen Auswirkungen verbunden.
 finanzielle Auswirkungen verbunden.
 (in diesem Fall bitte weiter ausfüllen)

I. Aktuelle Prognose Ergebnisrechnung Dezernat

HMS-Ampel rot grün Prognose Zuschussbedarf:

abs.: _____
 in %: _____

II. Aktuelle Prognose Investitionsmanagement Dezernat

Investitionscontrolling Investition Instandhaltung

Budget verfügte Ausgaben (Ist):

abs.: _____
 in %: _____

III. Übersicht finanzielle Auswirkungen der Sitzungsvorlage

Es handelt sich um Mehrkosten
 budgettechnische Umsetzung

IM	CO	Jahr	Bezeichnung	Gesamt-kosten in €	darin zusätzl. Bedarf apl/üpl in €	Finanzierung (Sperr-, Ertrag) in €	Kontierung (Objekt)	Kontierung (Konto)	Bezeichnung
Summe einmalige Kosten:									

Summe Folgekosten:									

Bei Bedarf Hinweise /Erläuterung:

B Kurzbeschreibung des Vorhabens

Die Inhalte dieses Feldes werden (außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen) im Internet/Intranet veröffentlicht und dürfen den Umfang von 1200 Zeichen nicht überschreiten (soweit erforderlich: Ergänzende Erläuterungen s. Pkt. IV.; bei einigen Vorlagen (z. B. Personalvorlagen) entfallen die weiteren Ausführungen ab Pkt. I.)
Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Es handelt sich um ein **Pflichtfeld**.

Mit Beschluss Nr. 0390 der StVV vom 17.11.2016 wurde der Magistrat beauftragt bis zum 30.09.2018 über die aktuellen Entwicklungen in den Gemeinschaftsunterkünften mit mehr als 250 Plätzen (GU.plus) und dem daraus resultierenden Personalbedarf zu berichten.

Anlagen:

1. STVV Beschluss Nr. 0390 vom 17.11.2016
2. Ziele Integrationsmanagement
3. Personal Soll und Ist Berechnung (PKZ Asyl)

C Beschlussvorschlag:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass:
 - 1.1 der mit Beschluss Nr. 0390 am 17.11.2016 im Kontext GU.plus zusätzlich genehmigte Personalbedarf bis auf weiteres fortbesteht (siehe Anlage 1).
 - 1.2 Dez. VII/50 auf Grund der Herausforderungen, die mit der dauerhaften Aufnahme und Integration zahlreicher Geflüchtete einhergehen, den Sozialdienst Asyl stets fachlich weiterentwickelt (z. B. weg vom anlassbezogenen Interventionsdienst hin zu einem Integrationsmanagement für Geflüchtete) (siehe Anlage 2).

D Begründung

I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

Zum 31.07.2018 waren 2.122 Personen in GU untergebracht, davon allein 1.440 in den fünf GU.plus. Ohne die fünf GU.plus könnten die der Stadt zugewiesenen Geflüchteten folglich nicht adäquat untergebracht werden. Darüber hinaus wurden vom Sozialdienst Asyl noch 407 Personen im Rechtskreis AsylbLG betreut, die bereits eine eigene Wohnung haben (Stand 31.07.2018). Auf der Grundlage der von der STVV beschlossenen Personalschlüssel ergibt sich rechnerisch ein Personal-Soll für August 2018 von 28,79 VZÄ (siehe Anlage 3). Das Personal-Ist betrug am 31.07.2018 27,13 VZÄ (Soll und Ist jeweils ohne Leitungsfunktionen).

Die im GU.plus Konzept beschriebene umfangreiche Informations- und Koordinierungsarbeit zur Integration des bürgerschaftlichen Engagements in den Betrieb und die Abläufe in den GU.plus sowie die inhaltliche und organisatorische Abstimmung und Koordination der vielfältigen Aktivitäten der unterschiedlichsten Akteure im Stadtteil hat sich bewährt und der zugrunde gelegte Personalschlüssel erscheint angemessen.

Zur Etablierung des GU.plus Konzeptes beigetragen hat ohne Zweifel, die mit Beschluss Nr. 0390 neu geschaffene Funktion des bzw. der GU.plus- Verantwortlichen: Hausmeister, Nachbarn, freiwillige Helferinnen und Helfer, Integrationsbeauftragte vor Ort, Ortsbeiräte sowie allen voran die Bewohnerinnen bzw. Bewohner der GU selbst haben die GU-Verantwortlichen als Bindeglied angenommen. Auch die wichtigen Kooperationspartner wie Stadtpolizei, Landespolizei und die Schutzfrau bzw. der Schutzmann vor Ort verstehen die GU.plus-Verantwortlichen als erste Ansprechpartner vor Ort. Ebenso sind sie die Ansprechpersonen für alle stadtinternen und stadtteilbezogenen Belange und Gremienarbeitskreise.

Die GU.plus Verantwortlichen haben ihre Arbeitsplätze mittlerweile überwiegend vor Ort in den Gemeinschaftsunterkünften. Ohne die Funktion des/der GU.plus-Verantwortlichen wären diese großen GU, die die Landeshauptstadt Wiesbaden seinerzeit zu schaffen gezwungen war, nicht

funktionierend zu organisieren.

Der Personalbedarf im Kontext des GU.plus-Konzeptes kann nicht losgelöst von den Strukturen und dem Leistungsspektrum bzw. dem Leistungsprozess bei 500130 Flüchtlinge und den übrigen Organisationseinheiten bei 5001 Geflüchtete (ohne Sozialhilfe) betrachtet werden.

In kürzester Zeit mussten seinerzeit - als Folge der im Herbst 2015 beginnenden Flüchtlingswelle - Strukturen geschaffen werden, die der Überprüfung bedürfen. Waren Stand Januar 2016 noch Mitarbeitende in der Abteilung 5001 (ohne den Bereich Sozialhilfe) im Umfang von 28 VZÄ beschäftigt, so waren es zum Januar 2017 schon 44,5 VZÄ und zum Januar 2018 dann 54 VZÄ. Im Sozialdienst Asyl wurde eine zweite Arbeitsgruppe inkl. Leitung geschaffen, Planstellen für Trainer, für ein Maßnahmenmanagement, für die Sprachförderung, für die Trägerkoordination, zur Bildungskoordination, WIR-FM und weitere Verwaltungsstellen sind hinzugekommen.

Neben den (teilweise sehr schnell) neu geschaffenen Strukturen musste ein fachlicher Diskurs im Sozialdienst Asyl gestartet werden. Dieser seit Mitte des Jahres 2017 gestartete Diskurs, in den die Mitarbeitenden von Anbeginn an einbezogen sind, hinterfragt u. a., wie konkret die Weiterentwicklung der Leistungen des Sozialdienst Asyl erfolgen soll. Anlage 2 beschreibt die bisher erarbeiteten Ziele des sogenannten Integrationsmanagements (im Vergleich zum früheren anlassbezogenen Interventionssozialdienst). Erste notwendige Strukturveränderungen sollen bis Ende 2018 vorgenommen werden; hierzu wird eine separate Sitzungsvorlage erstellt.

II. Demografische Entwicklung

(Hier ist zu berücksichtigen, wie sich die Altersstruktur der Zielgruppe zusammensetzt, ob sie sich ändert und welche Auswirkungen es auf Ziele hat. Indikatoren des Demografischen Wandels sind: Familiengründung, Geburten, Alterung, Lebenserwartung, Zuwanderung, Heterogenisierung, Haushalts- und Lebensformen)

III. Umsetzung Barrierefreiheit

(Barrierefreiheit nach DIN 18024 (Fortschreibung DIN 18040) stellt sicher, dass behinderte Menschen alle Lebensbereiche ohne besondere Erschwernisse und generell ohne fremde Hilfe nutzen können. Hierbei ist insbesondere auf die barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzung zu achten bei der Erschließung von Gebäuden und des öffentlichen Raumes durch stufenlose Zugänge, rollstuhlgerechte Aufzüge, ausreichende Bewegungsflächen, rollstuhlgerechte Bodenbeläge, Behindertenparkplätze, WC nach DIN 18024, Verbreitung von Informationen unter der Beachtung der Erfordernisse von seh- und hörbehinderten Menschen)

IV. Ergänzende Erläuterungen

(Bei Bedarf können hier weitere inhaltliche Informationen zur Sitzungsvorlage dargelegt werden.)

V. Geprüfte Alternativen

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen.)

Wiesbaden, 28.08. 2018

50 ww/3493

51.4 dezentrale
Steuerungsunterstützung
(4261/bu)

Manjura
Stadtrat